



Alternative
Hauptstadtfraktion



Kapitulation im Herzen Neuköllns

kbO Hermannplatz/
Donaukiez Hermannstraße/
Bahnhof Neukölln

02. September 2026

EIN BRENNPUNKT AUS ZWEI KRIMINALITÄTSBELASTETEN ORTEN

Der Hermannplatz, die Sonnenallee und die Karl-Marx-Straße sind kein normaler Stadtraum mehr. Der Senat selbst hat mit der **kbO-Verordnung vom 17. Juni 2026** hier zwei kriminalitätsbelastete Orte direkt nebeneinander eingestuft.

Die Begründung des Senats liest sich wie ein Offenbarungseid seiner eigenen Politik:

- ▶ Am **kbO Hermannplatz/Donaukiez** registrierte die Polizei Berlin **482 Straftaten von erheblicher Bedeutung im Jahr 2024 und 501 im Jahr 2025** – darunter **92 bzw. 145 gefährliche oder schwere Körperverletzungen** auf Straßen, Wegen und Plätzen (Anstieg um mehr als 57 Prozent innerhalb eines Jahres), **49 bzw. 64 Raubdelikte** sowie ein Anstieg der **Sexualdelikte um 36 Prozent** von 22 auf 30 registrierte Taten (Drs. 19/3388, Vorlage 19/336, S. 20).
- ▶ Am **kbO Hermannstraße/Bahnhof Neukölln** waren es **497 bzw. 422 Straftaten von erheblicher Bedeutung** in den Jahren 2024 und 2025, darunter **97 bzw. 77 gefährliche oder schwere Körperverletzungen, 67 bzw. 48 Raubdelikte** und **34 bzw. 28 Sexualdelikte** (Drs. 19/3388, Vorlage 19/336, S. 21).

Wer hier lebt, arbeitet, einkauft, seine Kinder zur Schule bringt, kennt die Bilder hinter diesen Zahlen: offener Drogenkonsum, aggressive Bettelei, verwahrloste Toiletten, hochmotorisierte Fahrzeuge vor Shisha-Bars, sichtbare Präsenz von Clan-Strukturen, arabisch dominierte Straßenzüge, in denen die deutsche Rechtsordnung an Bedeutung verliert.

Diese Zustände sind **keine Zufälle, kein bedauerlicher Nebeneffekt urbanen Lebens.**

VERWAHRLOSUNG UND VERDRÄNGUNG — POLITISCH IN KAUF GENOMMEN

Wenn der Staat sich zurückzieht, füllen andere den Raum.

- ▶ **Offene Drogenszene** am Hermannplatz und entlang der Hermannstraße bis zum Anita-Berber-Park. Der Senat betreibt hier über den Träger Fixpunkt seit Jahren ein Drogenkonsummobil im Anita-Berber-Park sowie den stationären Konsumraum „Druckausgleich“ in der **Karl-Marx-Straße 202**. Die Adresse liegt zwischen den beiden kbO — mitten im Wohn- und Geschäftsgebiet.
- ▶ **Parallelgesellschaftliche Strukturen** entlang der Sonnenallee: Shisha-Bars als Treffpunkte, arabisch geprägte Szene, wiederholt Ziel von Großrazzien und Verbundeinsätzen wegen Clankriminalität, Steuerhhehlerei, Geldwäsche, Verstößen gegen das Betäubungsmittel-, Gaststätten- und Jugendschutzgesetz. Bei einem der bislang größten Berliner Einsätze gegen Clankriminalität waren rund **340 Einsatzkräfte** rund um Sonnenallee, Karl-Marx-Straße und Hermannstraße im Einsatz.
- ▶ **Islamistische Einflüsse im Raum um Hermannplatz, Sonnenallee, Donaukiez und Flughafenstraße.** Der Raum liegt im Umfeld religiöser Einrichtungen, zu denen in der Vergangenheit sicherheitsbehördliche und journalistische Fragen nach islamistischen beziehungsweise auslandsstaatlich beeinflussten Netzwerken aufgeworfen wurden. Wo sich tatsächliche strafrechtliche Anhaltspunkte ergeben, darf der Rechtsstaat nicht bei bloßer Beobachtung stehen bleiben.
- ▶ **Rohheits- und Eigentumsdelikte** auf hohem Niveau: Der Senat spricht in seiner eigenen Verordnung von einer „anhaltenden Gefährdung und weiteren Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ und stellt fest, dass hier auch künftig „Straftaten von erheblicher Bedeutung verabredet, vorbereitet oder verübt werden“ (Vorlage 19/336, S. 20 f.).
- ▶ **Verwahrlosung des öffentlichen Raums** rund um den Hermannplatz: Vermüllung, verdreckte öffentliche Toiletten, aggressives Betteln, offener Konsum, Obdachlose in verschlossenen Hauseingängen — eine Zumutung für Anwohner. Der Senat reagiert auf diesen Zustand nicht mit Ordnung, sondern mit **staatlich finanzierten Konsumangeboten**, mit Streetwork nach dem Prinzip „Safer Use“ und mit Sozialarbeit, die die Szene begleitet, statt sie zu beenden. Der öffentliche Raum wird dabei nicht zurückerobert, sondern aufgegeben.

FREIHEIT BRAUCHT ORDNUNG. ORDNUNG BRAUCHT MUT ZUR ENTSCHEIDUNG

Die AfD-Hauptstadtfraktion sagt klar und deutlich: Innere Sicherheit ist eine Bringschuld des Staates, kein Verhandlungsgegenstand mit der Szene, die diesen Raum besetzt hat. Nord-Neukölln muss für die Bürger – für Familien, Gewerbetreibende, Beschäftigte, Rentner – zurückerobert werden. Nicht mit Duldung, nicht mit Streetwork, sondern mit konsequenter Rechtsdurchsetzung, sichtbarer polizeilicher Präsenz, Kontrolldruck und einem klaren Ende der akzeptierenden Drogen- und Integrationspolitik.

Wir fordern:

1. **Remigration** von ausländischen Straftätern und Gefährdern.
2. **Ende der akzeptierenden Drogenpolitik.** Sofortige und dauerhafte Schließung des Drogenkonsummobils sowie des stationären Konsumraums. An die Stelle von Safer-Use-Angeboten treten **konsequente Verdrängung der offenen Drogenszene** aus Anita-Berber-Park, Hermannplatz und angrenzenden Straßen sowie **Zwangstherapie für Süchtige, konsequente Strafverfolgung des Handels und Abschiebung ausländischer Dealer.** Der SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach kündigt genau den umgekehrten Weg an: **Er will die Zahl der Drogenkonsumräume stadtweit ausbauen.** Zugleich will Krach nach Züricher Vorbild prüfen und diskutieren, ob in diesen Räumen auch der sogenannte Mikrohandel – der Verkauf kleiner Mengen harter Drogen – geduldet bzw. legalisiert wird. **Wer mitten in kriminalitätsbelasteten Orten zusätzliche Konsumräume verspricht und über die Legalisierung des Drogenhandels nachdenkt, gibt den öffentlichen Raum endgültig auf.**
3. **Volle Ausschöpfung der kbO-Befugnisse** an Hermannplatz/Donaukiez und Hermannstraße/Bahnhof Neukölln. **Permanente Polizeipräsenz und Kontrolldruck.** Keine weitere „Szene-Pflege“ durch Streetwork und Safer-Use-Angebote.
4. **Ausweitung systematischer Kontrollen und Vermögensabschöpfung** im Bereich der Organisierten Kriminalität und Clan-Kriminalität. **Schaffung ausreichender und sachgerechter Asservatenkapazitäten** für beschlagnahmte Beweismittel bei Polizei Berlin und Berliner Staatsanwaltschaft.

- 5. Konsequente Prüfung extremistischer und auslandsstaatlich beeinflusster Strukturen.** Systematische Überprüfung von Moscheevereinen und religiösen Trägerstrukturen auf belastbare islamistische Bezüge, insbesondere zu Netzwerken der Muslimbruderschaft, salafistischen Milieus, terroristischen Organisationen sowie iranisch beeinflussten Strukturen. Bei nachgewiesenen verfassungswidrigen Bestrebungen oder strafbaren Handlungen sind aufenthalts-, vereins- und strafrechtliche Konsequenzen auszuschöpfen – bis hin zu einem Vereinsverbot.
- 6. Ende der Duldung von Parallelgesellschaften, gleich unter welcher Koalition.** Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung durch konsequente Anwendung des Rechtsstaats – auch gegen den zu erwartenden linken Gegenprotest, der Ordnung, Recht und Polizei zum Feindbild erklärt.

RÜCKEROBERUNG STATT KAPITULATION

Kriminalität verschwindet nicht durch eine Einstufung als kriminalitätsbelasteter Ort. Was bleibt, sind Bürger, die sich abends nicht mehr an den eigenen U-Bahnhof trauen, Gewerbetreibende, die von Schutzgeldstrukturen umstellt sind, Familien, die den Spielplatz meiden – und eine Politik, die diesen Zustand mit Streetwork, Konsumräumen und Sonntagsreden verwaltet.

Statt in Symptombehandlung zu investieren, muss der Staat sich endlich der Ursachen annehmen: die ideologiegetriebene Duldung illegaler Migration, die Entstehung krimineller Strukturen mit meist migrantischem Hintergrund und das jahrzehntelange Schweigen gegenüber importiert er Gewalt(un)kultur. Jeder Euro, der in Konsummobile und begleitende Sozialarbeit fließt, verlängert die Illusion, dass sich Kriminalität „zivilisieren“ ließe. Sie muss bekämpft werden – umfassend, entschlossen, sichtbar.

Die AfD-Hauptstadtfraktion steht für eine Politik der klaren Kante. Nicht eine Einstufung als kriminalitätsbelasteter Ort oder Konsumräume schützen die Berliner, sondern der politische Wille, Recht und Ordnung durchzusetzen – im Dienste der Freiheit und Sicherheit der Bürger.